FileNr:19|id:4PPF-13F0-TWCN-F31D|date:2003-07-22|source:Welt|title:Junge Abgeordnete warnen vor Folgen der Staatsverschuldung; Parteiübergreifendes Memorandum vorgelegt

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Berlin - Hoehere Rentenbeitraege, ein aechzendes Gesundheitssystem und Staatsschulden, die in 100 Jahren noch nicht abgebaut sein werden […] Es gehe nicht um einen Krieg der Generationen, sagte Daniel Bahr (FDP), es gehe um Fairness bei der Lastenverteilung und die Zukunft der jungen Menschen

: eine Politik, die zu Lasten juengerer Generationen geht, eine Politik, die nach Meinung von 24 jungen Abgeordneten des Bundestags nicht mehr hinzunehmen ist. Deshalb haben sie gestern in Berlin ein Memorandum mit dem Namen "Deutschland 2020" vorgestellt. Es sind Abgeordnete unter 40 Jahren aus den Bundestagsfraktionen von Union, FDP und den Gruenen, die sich den Problemen des demographischen Wandels in Deutschland stellen wollen.**xxx**. Zwar sei die Agenda 2010 ein Schritt in die richtige Richtung, bekennt Guenter Krings (CDU), "doch die richtigen Probleme fangen 2020 erst an". Alexander Bonde (Gruene) sagte, man sei auch in Kontakt mit den Jungen in der SPD und liege da auf einer Wellenlaenge. Die jungen Politiker fordern mehr Eigenvorsorge im Rentensystem. Private und betriebliche Altersversorgungen muessten das Umlageverfahren ergaenzen.

Die Renten der jetzigen Rentner muessten langsamer als bisher angepasst werden, damit das Lohniveau in Deutschland nicht weiter steigt. "Diese Sicherheit der Renten gefaehrdet sichere Arbeitsplaetze in Deutschland", sagt Bahr. Ziel sei es, jede politische Entscheidung und jedes Gesetz kuenftig auf die Nachhaltigkeit zu pruefen, um so der Herausforderung des demographischen Wandels gerecht zu werden. Die jungen Abgeordneten beklagen unisono das "verkrustete politische System" aus Kompetenzwirrwarr und Buerokratie im Land, das ein Teil des Problems sei, und sprechen sich fuer eine Reform des Foederalismus aus. Die Lebensarbeitszeit muesse verlaengert werden. Es gehe nicht an, dass ein deutscher Akademiker mit 29 Jahren in den Beruf einsteige und dafuer mit 60 Jahren schon aufhoere. Besonders beklagen die jungen Abgeordneten den dramatischen Zustand der oeffentlichen Haushalte. 60 Prozent der Mittel seien "vergangenheitsbezogene Leistungen". Der Gruene Bonde forderte mit Blick auf die Staatsverschuldung: "Es darf nur verteilt werden, was auch tatsaechlich erwirtschaftet wird Die Zinslast der Staatsverschuldung habe "dramatische Ausmasse" erreicht. Neben der so genannten expliziten Verschuldung, also den im Haushalt ausgewiesenen Schulden, ticke die Zeitbombe der "impliziten Verschuldung" durch Pensionsansprueche und andere vom Staat versprochene Sozialleistungen. Bonde beklagt, dass die knapper werdenden Finanzmittel auch die Spielraeume zur Gestaltung von Politik immer weiter einengten. Bei den anstehenden Strukturreformen koenne die Agenda 2010 deshalb nur ein erster Schritt sein. Die Sozialpolitik, mahnen die jungen Parlamentarier, duerfe sich nicht an den Wuenschen der Bezieher von Sozialleistungen orientieren, sondern muesse zunaechst die Frage beantworten, welcher Umfang an Sozialleistungen finanzierbar ist, ohne die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialstaates zu gefaehrden, heisst es in dem Memorandum. Die Abgeordneten fordern einen durchlaessigeren, flexibleren Arbeitsmarkt sowie mehr Chancen fuer gering Qualifizierte. Zudem sei Bildung eine zentrale Ressource fuer die Zukunft. Auch der Bildungsmarkt muesse flexibler werden und sich den Anspruechen der jungen Generation anpassen. Die Sozialpolitik, mahnen die jungen Parlamentarier, duerfe sich nicht an den Wuenschen der Bezieher von Sozialleistungen orientieren...

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ